

Wer profitiert hier eigentlich?

Bäuerinnen und Bauern vor Konzerninteressen – weltweit!

Aufruf an die Internationale Agrarminister*innen-Konferenz



Wer profitiert hier eigentlich? Bäuerinnen und Bauern vor Konzerninteressen!

Aufruf an die Internationale Agrarminister*innen-Konferenz

Berlin, den 18.01.2025

Zum 15. Mal in Folge sind wir dieses Jahr angereist zur „Wir haben es satt“-Demonstration und zum Global Forum for Food and Agriculture (GFFA). Auch dieses Jahr formuliert das GFFA große Ziele: „Zielkonflikte“ der Biomassenutzung sollen entschärft, durch die Priorisierung der Ernährung („Food-First“) das Recht auf Nahrung gestärkt und „Rahmenbedingungen sozial, ökologisch und ökonomisch gerecht“ gestaltet werden.

Mit großer Sorge sehen wir jedoch, dass sich die Welternährungskrise verfestigt hat. Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie hungern aktuell 150 Millionen Menschen mehr als vorher, insgesamt sind es 733 Mio Menschen. Die Situation der Bäuerinnen und Bauern weltweit und auf den Höfen hier in Deutschland ist dramatisch und verschärft sich durch nicht kostendeckende Erzeugerpreise und fehlenden Zugang zu notwendigen Ressourcen weiter. Gestiegene Preise, ungleiche Einkommen und die Auswirkungen der Klimakatastrophe führen weltweit zu untragbaren Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Land und auch in den Städten. Wir sind empört, dass Politik viel zu oft einseitigen Interessen großer Unternehmen nachgibt, insbesondere bei der Verteilung der Gewinne an der von uns erwirtschafteten Vielfalt. Das ist ungerecht! Deshalb sehen wir uns - Zivilgesellschaft Seite an Seite mit Bäuer*innen - gezwungen, wiederholt und kurz vor der zukunftsweisenden Bundestagswahl in Deutschland auf die Straße zu gehen, um unseren existentiellen Anliegen Gehör zu verschaffen. **Bioökonomie weckt viele Begehrlichkeiten auf Seiten der Industrie und kann absehbar Missstände und Ungleichheiten im Ernährungssystem noch weiter verschärfen. Bisher stand Bioökonomie vereinfacht für 'Tank statt Teller' und internationalen Handel mit Agrartreibstoffen. Die Folgen waren von bäuerlichen Strukturen und biologischer Vielfalt entleerte ländliche Räume. Zusätzlich stehen die Agrartreibstoffe in bisheriger Verwendung für gefährliche klimapolitische Scheinlösungen. Dies muss sich ändern. Deshalb fordern wir Sie auf, entschlossen für die Rechte von Bäuer*innen und marginalisierten Gruppen weltweit zu handeln!**

Von Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Özdemir, und von Ihnen, sehr geehrte internationale Agrarminister*innen, die beim GFFA zusammenkommen, und von Ihnen, Frau Parlamentarische Staatssekretärin Nick, fordern wir deshalb: **Senden Sie ein starkes politisches Signal für Menschenrechte und Demokratie und gegen Ungleichheit und Diskriminierung.** Dazu gehört, Bäuer*innen endlich politisch wertzuschätzen und ihre Bedürfnisse vor die Interessen der Agrarindustrie zu stellen. Zu häufig werden Bäuer*innen weltweit vor vollendete politische Tatsachen gestellt. **Alle Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, müssen in die politische Gestaltung unserer Ernährungssysteme einbezogen werden.** Wie in Ihrem letztjährigen Abschlusskommuniqué festgehalten, müssen dabei **besondere Anstrengungen für marginalisierte und vulnerable Gruppen unternommen werden.**

Konkret fordern wir von Ihnen:

Demokratische Ernährungssysteme und bäuerliche Teilhabe:

1. Verankern Sie die **Menschenrechte** und insbesondere die **UN-Bauernrechte**, das **Recht auf angemessene Nahrung** sowie das **Prinzip der sozialen Teilhabe** als Leitprinzipien für Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik – aber auch konkret für die Bioökonomie - in Ihrem Abschlusskommuniqué.
2. Stärken Sie den **Welternährungsausschuss (CFS)** als das für die Koordinierung von Welternährungspolitiken und damit auch Bioökonomie-Belange mandatierte Gremium. Setzen Sie die dortigen Beschlüsse um und sichern Sie die Arbeit des CFS auch finanziell ab.
3. Stärken Sie menschenrechtsbasierte **agrärökologische Kreislaufsysteme**, die auf territoriale Märkten und nicht globalen Märkten für Biomasse und Bioökonomie basieren. Ländliche Räume und bäuerliche Betriebe müssen von der Bioökonomie profitieren, nicht Großgrundbesitzer, globale Agrarhändler und Industriekonzerne und industrielle Zentren.
4. Nutzen Sie den aktuellen **breiten globalen Konsens für das Recht auf angemessene Nahrung** und die dazugehörigen Leitlinien und Politikempfehlungen. Übertragen Sie diese in die nationale Gesetzgebung und Politik. Nutzen Sie den vom UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, erstellten Leitfaden für nationale Aktionspläne zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung, um konkrete und praktikable Schritte für politische Teilhabe auch bei der Bioökonomie umzusetzen.

Bioökonomie an Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung und Verbraucher*innen ausrichten, nicht an wenigen Großunternehmen.

1. Verankern Sie **Agrarökologie, planetare Grenzen und das Recht auf angemessene Nahrung als Grundprinzipien einer nachhaltigen Bioökonomie** in Ihrem Abschlusskommuniqué. Um das globale Höfesterben aufzuhalten und den Hunger einzudämmen, muss Bioökonomie im Rahmen einer **agrärökologischen Transformation** gestaltet werden.
2. Benennen Sie deutlich im Abschlusskommuniqué die Ungleichheiten und **gewaltige Marktkonzentration** mit oligarchischen Strukturen als Hindernisse für eine sozial gerechte und nachhaltige Bioökonomie.
3. Verhindern Sie, dass notwendige Kohlenstoffsenken in Land- und Forstwirtschaft als Rechtfertigung für weitere, zerstörerische Treibhausgasemissionen missbraucht werden.
4. Verhindern Sie das EU-Mercosur-Abkommen und andere **Freihandelsverträge** wie mit Indonesien oder Staaten des südlichen Afrikas, die eine extraktivistische und industrielle Biomasseproduktion befördern und das Recht auf angemessene Nahrung gefährden.
5. Ergreifen Sie Maßnahmen, die den negativen Auswirkungen von agrarindustrieller Bioökonomie entgegenwirken. Stärken Sie **territoriale Märkte** statt globaler Märkte.
6. Halten Sie in Ihrem Abschlusskommuniqué die Notwendigkeit einer Reform des internationalen Handelsrahmenwerks fest. Unterstützen Sie eine partizipative Aushandlung dieser Reform mit besonderen Anstrengungen für marginalisierte und vulnerable Gruppen. Halten Sie schon jetzt als Ziele **Ernährungssouveränität und faire Preise** für Nahrungsmittelerzeuger*innen und -verbraucher*innen sowie strikte Regeln für die **Spekulation mit Nahrungsmitteln** fest.
7. Machen Sie sich in Ihrem Abschlusskommuniqué für eine globale und nationale Überwachungsstelle für Produktionskosten stark, um unlauterem Wettbewerb entgegenzuwirken.

8. Wie in Spanien für den Milchsektor bereits erfolgreich angewandt, sollte ein **Kaufverbot unter Produktionskosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette** eingeführt werden. Dies muss auch für Biomasse für die Bioökonomie gelten.
9. *In Bezug auf Europa:* Setzen Sie sich dafür ein, dass die Vertragspflicht mit Preis-Mengen-Bezug vor Lieferung gemäß Art. 148 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) in allen Bereichen der Landwirtschaft endlich Anwendung findet.

Zugang zu Land stärken, Landgrabbing für Bioökonomie stoppen:

1. Prangern Sie in Ihrem Abschlusskommuniqué **Landgrabbing im Namen der Bioökonomie** an.
2. Sprechen Sie sich dort für die Ausrichtung einer zweiten zwischenstaatlichen internationalen **Konferenz zur Agrarreform und ländlicher Entwicklung (ICARRD+20) 2026** durch Kolumbien und die FAO aus.
3. *Konkret an die Agrarminister*innen der EU:* Machen Sie sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer **Land-Beobachtungsstelle** und Maßnahmen stark, die bäuerlichen Betrieben und Existenzgründer*innen den Zugang zu Land erleichtern. Hierzu gehört die Verankerung einer Negativliste in der Definition des "aktiven Landwirtes", sodass außerlandwirtschaftliche Investoren von Fördergeldern der GAP ausgeschlossen werden.
4. *Konkret zu Deutschland:* Befreien Sie Existenzgründer*innen und Betriebe ohne bzw. mit wenig Eigenland beim Landkauf von der Grunderwerbsteuer (Freibetrag Grunderwerbsteuer). Zur Gegenfinanzierung sollte der Grunderwerbsteuersatz für Akteure mit stark überdurchschnittlichem Landbesitz angehoben werden (progressive Grunderwerbssteuer). Zudem muss die Befreiung der Grunderwerbssteuer bei Anteilskäufen stark eingeschränkt werden. Unterstützen Sie zudem die Initiativen für eine Regulierung von Anteilskäufen sowie Pacht- und Kaufpreisbremsen auf Länderebene.

Saatgutvielfalt schützen - Bioökonomie darf kein Einfallstor für Gentechnik sein:

1. Bekennen Sie sich im Abschlusskommuniqué zum **Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), dem Internationalen Saatgutvertrag (ITPGRFA)** sowie zur **UNDROP** als Grundlagen der Bioökonomiepolitik. Überführen Sie diese Übereinkommen auch in nationale Gesetzgebung mit Fokus auf bäuerliche und indigene Rechte.
2. Sprechen Sie sich dort auch gegen restriktive Gesetze aus, die Bäuer*innen die gleichen Regeln auferlegen wie der Saatgutindustrie und damit das **bäuerliche Recht auf Saatgut** beschneiden. Schließen Sie **UPOV** aus bilateralen Handelsabkommen aus.
3. *Konkret an die Agrarminister*innen der EU:* Sorgen Sie dafür, dass auch **Neue Gentechniken (CRISPR/Cas)** weiter strikt reguliert bleiben, im Sinne des Vorsorgeprinzips, der Wahlfreiheit und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Bäuer:innen.
4. Sorgen Sie dafür, dass **Patente** auf Pflanzen und Tiere rechtssicher **verboten** werden - und beginnen Sie sofort mit der Umsetzung des Patentverbots auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere. Stellen Sie das Recht auf freien Nachbau sicher.

Sehr geehrte beim GFFA versammelten Ministerinnen und Minister: Zeigen Sie uns nicht nur mit Worten sondern Taten, um wen es Ihnen in Landwirtschaft und Ernährung geht!